

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juli 2020

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
Europäischer Rat: Aufbauplan für Europa und EU-Haushalt beschlossen.....	1
Europäisches Parlament: Entschließung über Europäische Gesundheitsunion.....	1
Rat der EU: Länderspezifische Empfehlungen für 2020 angenommen.....	1
EU-Kommission: Konsultationen zu EU-Bildungsraum, sozialer Inklusion, Demokratie	2
EU-Kommission: Initiative gegen sexuellen Missbrauch an Kindern	2
EU-Ratspräsidentschaft: Erklärung zur Gleichstellung der Geschlechter.....	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten.....	3
Frankreich: Jugendplan angekündigt.....	3
Litauen: Sonderzahlung des Kindergeldes beschlossen.....	3
Italien: Familiengesetz beschlossen	3
Finnland: Report zum Wohlbefinden von Kindern während der Corona-Krise	3
Lettland: Maßnahmen zur Reform des Kinderschutzes geplant.....	4
Schottland: Unabhängige Beurteilung des Einflusses von Covid-19 auf Kinderrechte.....	4
Weitere Nachrichten	4
COFACE: Ergebnisse zur Umfrage „Toys and Diversity“	4
EU Alliance for Investing in Children: Offener Brief zum Aufbauplan und EU-Haushalt.....	5
Kinderrechtsorganisationen: Positionspapier zur EU-Kinderrechtsstrategie	5
UN-Organisationen: Zunahme von Hunger bei Kindern durch Covid-19	6
EU-Kommission: Webinar-Serie zu Covid-19 und Gender.....	6
EPIC: Europaweite Best Practices von Maßnahmen für Kinder und Familien.....	6
Neue Website der European Youth Work Agenda und Convention	6
Berichte und Studien	7
UNICEF: Bericht zu Kinderbetreuung während der Covid-19-Pandemie	7
UNICEF: Arbeitspapier zu Covid-19 bei Kindern	7
EU-Kommission: Bericht zur Koordination der sozialen Sicherung für moderne Familienformen.....	7
EAPN: Forschungsbericht zu Auswirkungen der Covid-19-Krise auf arme Menschen.....	8
EU-Kommission: Kurzbericht zu inklusiver frühkindlicher Bildung und Betreuung	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	9

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Europäischer Rat: Aufbauplan für Europa und EU-Haushalt beschlossen

In einer Sondertagung haben sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten auf einen Aufbauplan zur Bewältigung der Corona-Krise in der EU und den mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 geeinigt. Zur kurzfristigen Krisenbewältigung hatte die EU bereits im April ein Unterstützungspaket mit Mitteln von 540 Milliarden Euro beschlossen. Langfristig soll das neu geschaffene Aufbauinstrument „Next Generation EU“ dazu beitragen, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie einzudämmen. Es ist in den EU-Haushalt für die Jahre 2021-2027 eingegliedert, der damit insgesamt 1.824,3 Milliarden Euro umfasst. Die Mittel für Next Generation EU setzen sich jeweils zur Hälfte aus Zuschüssen und Darlehen zusammen und sollen Maßnahmen in sieben Programmen fördern. Mit 90 Prozent den weit größten Anteil des Gesamtvolumens geht an das Programm „Aufbau- und Resilienzfähigkeit“, das wirtschaftliche und soziale Resilienz sowie Wirtschaftswachstum stärken und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen soll. Die Zahlung der Mittel aus allen Programmen wird gebunden an die Übereinstimmung geplanter Maßnahmen der Mitgliedstaaten an die länderspezifischen Empfehlungen aus dem Europäischen Semester. Sie sollen außerdem im Einklang mit den langfristigen Zielen der EU einer nachhaltigen, digitalen und inklusiven Wirtschaft stehen.

- [Europäischer Rat: Ein Aufbauplan für Europa](#)
- [Infografik zum Aufbauplan und EU-Haushalt](#) 

Europäisches Parlament: Entschließung über Europäische Gesundheitsunion

Das Europäische Parlament hat eine Resolution über eine geplante EU-Strategie für öffentliche Gesundheit beschlossen. Anlässlich der Krise durch Covid-19 habe sich gezeigt, dass die europäischen Staaten im Bereich der öffentlichen Gesundheit stärker zusammenarbeiten müssten. Geplant sind gemeinsame Mindestanforderungen für die Gesundheitsversorgung in allen Mitgliedstaaten, die auch für eventuelle Krisensituationen gewappnet sein sollen. Außerdem wird die Errichtung eines europäischen Gesundheitsreaktionsmechanismus vorgesehen, der zur besseren Koordinierung von Ressourcen wie Medikamenten, Ausrüstung und Versorgungskapazitäten dienen soll. Auch im Bereich der Forschung müsse der Bereich der öffentlichen Gesundheit von der EU-Ebene berücksichtigt und gefördert werden. Die Strategie müsse für die Sicherstellung ausreichender Arzneimittellieferungen sorgen und Anreize für die Produktion in Europa schaffen. Vorgeschlagen wird zudem die Errichtung eines Fonds zum Ausbau der Krankenhausinfrastruktur und von Gesundheitsdiensten.

- [Resolution on the EU's public health strategy post COVID-19](#) 

Rat der EU: Länderspezifische Empfehlungen für 2020 angenommen





Der Rat der EU hat die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des europäischen Semesters 2020 angenommen. Darin werden Empfehlungen zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Fiskalpolitik für die spezifische Situation in jedem Mitgliedstaat formuliert. In diesem Jahr wird die Covid-19-Pandemie mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen berücksichtigt, daher sind die Empfehlungen weniger bindend als üblich. Auch die Prioritäten selbst sind von der Pandemie geprägt. So soll vor allem in die Gesundheitsversorgung investiert und ihre Zugänglichkeit und Belastbarkeit verbessert werden. Außerdem liegt ein Fokus auf der Erhaltung von

Arbeitsplätzen und der Bewältigung der sozialen Folgen der Krise. Für den Aufbau einer nachhaltigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit soll in Forschung und Innovation investiert werden.

- [Länderspezifische Empfehlung für Deutschland](#) 

EU-Kommission: Konsultationen zu EU-Bildungsraum, sozialer Inklusion, Demokratie

Die EU-Kommission hat verschiedene Konsultationen für geplante Maßnahmen veröffentlicht. Dazu zählt die geplante Mitteilung zum europäischen Bildungsraum. Bis zum 26. August können Interessengruppen und Interessierte ihre Rückmeldungen dazu einreichen. Außerdem ist der geplante „Aktionsplan für Demokratie“ bis zum 27. August in der Feedback-Periode. Er soll für den Erhalt verlässlicher Wahlen, Medienfreiheit und -pluralismus sorgen und Desinformation bekämpfen. Zudem läuft derzeit bis zum 21. Oktober eine Konsultation zur Inklusion von MigrantInnen und Menschen mit Migrationshintergrund in europäischen Staaten. Der European Globalisation Adjustment Fund hat eine öffentliche Konsultation zur Evaluation seiner Arbeit in den Jahren 2014-2020 gestartet. Sie richtet sich besonders an die potenzielle Zielgruppe seiner Programme. Diese richten sich an Menschen, die aufgrund von Strukturwandel und Krisen ihren Arbeitsplatz verloren oder keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Auch alle anderen Interessierten sind bis zum 16. September aufgerufen, sich zu beteiligen.

- [Feedback zur Initiative "Achieving the European Education Area"](#) 
- [Feedback zum Europäischen Aktionsplan für Demokratie](#) 
- [Öffentliche Konsultation zur Inklusion und Integration von MigrantInnen](#) 
- [Öffentliche Konsultation zur Evaluation der Arbeit des EGF](#) 

EU-Kommission: Initiative gegen sexuellen Missbrauch an Kindern

Die EU-Kommission hat eine neue Strategie für die Sicherheitsunion für die Jahre 2020-2025 vorgelegt. Im Rahmen dieser Strategie wurde als Sonderinitiative die EU-Strategie gegen sexuellen Missbrauch an Kindern vorgestellt. Sie enthält Maßnahmen zur Bekämpfung des Problems in der praktischen Arbeit von Behörden. Dazu sollen Spezialeinheiten zur Ermittlung von sexuellem Missbrauch an Kindern eingerichtet werden, deren MitarbeiterInnen speziell für das Thema geschult werden sollen. Auch die Ermittlung gegen Täter im Netz soll ausgebaut werden. Dazu sind rechtliche Anpassungen zum Umgang mit verschlüsselter Kommunikation geplant. Die Kommission gibt an, dass Schätzungen zufolge jedes fünfte Kind in Europa sexuelle Gewalt in einer gewissen Form erlebt. Im Vergleich zu 23.000 bekannten Fällen aus dem Jahr 2010 liegen die in der EU gemeldeten Fälle sexuellen Missbrauchs an Kindern im Internet für das Jahr 2019 bei 725.000.

- [EU-Strategie im Kampf gegen sexuellen Missbrauch an Kindern](#)  

EU-Ratspräsidentschaft: Erklärung zur Gleichstellung der Geschlechter

Die Trio-EU-Ratspräsidentschaft aus Deutschland, Portugal und Slowenien für den Zeitraum 2020-2021 hat ihre gleichstellungspolitischen Leitlinien vorgestellt. In der gemeinsamen Erklärung verpflichten sich die drei Staaten zu einer intensiven Kooperation für das Ziel der Gleichstellung. Wichtige Ziele seien dabei die Eindämmung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie für Frauen, die Bekämpfung von häuslicher Gewalt durch den Ausbau eines EU-weiten Hilfesystems, die Reduzierung der Gender-Pay-Gap und die Überwindung von Stereotypen und festen Rollenbildern für die Geschlechter.

- [Trio Presidency Declaration on Gender Equality](#)  

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Frankreich: Jugendplan angekündigt

Die französische Regierung hat einen Jugendplan angekündigt, der mit 6,5 Millionen Euro vor allem den Übergang junger Menschen in das Berufsleben unterstützen soll. Die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit wird eine Priorität der Maßnahmen zur Eindämmung der sozialen Folgen der Corona-Krise in Frankreich sein. Schon die 2017 verabschiedete nationale Jugendstrategie hatte Jugendarbeitslosigkeit als eines der Hauptprobleme junger Menschen in Frankreich identifiziert. Die wirtschaftlichen Probleme in Folge der Pandemie würden junge Menschen voraussichtlich am stärksten treffen: Die Suche nach Ausbildungsplätzen und der Berufseinstieg seien in dieser Situation erschwert und sollten Entlassungen notwendig werden, kündigten Arbeitgeber als erstes Angestellte, die erst seit kurzem dort beschäftigt sind. Der Jugendplan setzt finanzielle Anreize für Unternehmen, junge Menschen einzustellen. Besonders begünstigt wird dabei die Einstellung von Auszubildenden. Außerdem soll mit eigens geschaffenen Bildungsangeboten vermieden werden, dass alle AbsolventInnen gleichzeitig in den Arbeitsmarkt eintreten. Dafür wurden insgesamt 500.000 Plätze in Qualifizierungsprogrammen geschaffen, sodass junge Menschen ihre Ausbildung fortsetzen können, anstatt in den Status der Arbeitslosigkeit überzugehen.

Litauen: Sonderzahlung des Kindergeldes beschlossen

In Litauen ist für Familien für alle Kinder mit Anspruch auf Kindergeld eine Sonderzahlung zum Ausgleich der finanziellen Nachteile für Familien durch die Covid-19-Pandemie und ihre Auswirkungen geplant. Die Summe wird sich an der Höhe des regulären Kindergeldes orientieren: Dieses beträgt in Litauen normalerweise 60 Euro monatlich, für Kinder aus einkommensschwachen Familien 100 Euro. Der reguläre Satz für die Sonderzahlung beträgt 120 Euro, Familien mit dem erhöhten Kindergeldanspruch erhalten 200 Euro zusätzlich. Zur Einstufung des Anspruchs müssen Familien normalerweise das Einkommen der letzten 12 Monate nachweisen. Um die Bearbeitung für die Sonderzahlung zu erleichtern und Einkommensausfälle durch die Corona-Krise einzubeziehen, ist hierfür nur der Nachweis des Einkommens seit April dieses Jahres notwendig. Die Sonderzahlung des Kindergeldes soll keine Auswirkungen auf weitere Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe haben.

Italien: Familiengesetz beschlossen

Die italienische Regierung hat das sogenannte Familiengesetz angenommen, das von den Ministerien für Chancengleichheit und Familie und für Arbeit und Sozialpolitik vorgeschlagen worden war. Es hat die Unterstützung von Familien in ihren gesellschaftlichen und pädagogischen Aufgaben zum Ziel, soll zu einem gesunden und entwicklungsfördernden Aufwachsen von Kindern beitragen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem für Frauen ermöglichen. Konkret geplant ist die Einführung einer altersunabhängigen Zulage für jedes unterhaltspflichtige Kind mit Behinderungen, die vermehrte Unterstützung von Familien bei Ausgaben für schulische und sonstige Bildungsaktivitäten, eine Reform der Elternzeit und ihre Ausweitung auf alle Berufsgruppen und Maßnahmen zur Förderung der Erwerbsintegration von Frauen.

Finnland: Report zum Wohlbefinden von Kindern während der Corona-Krise

Das finnische Ministerium für Soziales und Gesundheit hat einen Bericht zum Wohlbefinden finnischer Kinder während Corona-Krise veröffentlicht. Um die negativen sozialen Folgen dieser Ausnahmesituation mit planvollen

politischen Schritten bekämpfen zu können, hatte eine eigens eingerichtete Arbeitsgruppe die Auswirkungen der Pandemie auf Kinder in Finnland untersucht. Der Hauptbefund im nun erschienenen Bericht ist, dass bestehende Ungleichheiten und Tendenzen sozialer Schließung sich in der Krise verschärfen und tendenziell akkumulieren: So sind ohnehin einkommensschwache Familien von finanziellen Einbußen durch die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus noch stärker betroffen als andere. Kommt eine chronische Krankheit oder Behinderung in der Familie hinzu, verstärkt sich dieser Effekt der Krise weiter. Die Zuständigkeit für soziale Leistungen für Familien und Kinder liegt in Finnland bei den Kommunen. Das Ministerium hat angekündigt, die Finanzierung der Kommunen so zu stärken, dass für alle betroffenen Familien die benötigten Mittel zur Verfügung stehen. Derzeit arbeitet das Ministerium an einer nationalen Kinderstrategie, die im Oktober dieses Jahres vorgestellt werden soll.

Lettland: Maßnahmen zur Reform des Kinderschutzes geplant

Das lettische Ministerium für Soziales hat Maßnahmen zur Reform des Kinderschutzesystems geplant. Für diese Aufgabe sei ein landesweit koordiniertes Vorgehen und die Zusammenarbeit verschiedener Institutionen notwendig. Der Fokus der Reform liegt auf den sogenannten „Waisengerichten“, die zunächst eine zeitgemäße Bezeichnung als Kinderrechtsschutzdienst erhalten sollten. Es handelt sich dabei um eine Institution mit ähnlichen Aufgabenbereichen wie dem Jugendamt in Deutschland. Sie sollen künftig von einer neu zu schaffenden zentralen Einrichtung zum Schutz der Kinderrechte koordiniert werden. Die örtlichen Einrichtungen sollen damit auch von den Kommunen unabhängiger gestellt werden, da die heute noch als „Waisengerichte“ bezeichneten Kinderschutzdienste aktuell von gewählten Mitgliedern der Gemeinderäte betrieben werden. Um politische Unabhängigkeit und Professionalität zu gewährleisten, sollen künftig feste Stellen für die Arbeit in diesen Einrichtungen finanziert werden.

Schottland: Unabhängige Beurteilung des Einflusses von Covid-19 auf Kinderrechte

Der schottische Kommissar für Kinder und junge Menschen hat eine regierungsunabhängige Beurteilung über den Einfluss der Covid-19-Pandemie auf Kinderrechte in Schottland beauftragt. Sie wurde von der Observatory of Children's Human Rights Scotland durchgeführt. Darin wird angemahnt, dass die Regierung sich in erster Linie als Institution zum Schutz der Menschenrechte verstehen müsse. Gesetzgebungen, die Grundrechte beschränken, müssten daher fortlaufend auf ihre Notwendigkeit in der aktuellen Situation geprüft werden. Um den Einfluss der Gesetzgebung umfassend abschätzen zu können, müssten Daten zur Situation von Kindern systematisch erhoben und ausgewertet werden. Relevant wären hier z.B. die Zahl der Kinder in Armut, mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen und die Zahl der Kinder, die in Einrichtungen leben. Um die Kinderrechte auch in Krisenzeiten zu erfüllen, müsste die Gesetzgebung grundsätzlich auf den Zugang zu Gesundheit, gute Ernährung und Bildung ausgerichtet sein. Der Bericht liegt in jeweils einer Version für Erwachsene und für Kinder vor.

- Schottland: Unabhängige Beurteilung des Einflusses von Covid-19 auf die Kinderrechte 

Weitere Nachrichten

COFACE: Ergebnisse zur Umfrage „Toys and Diversity“

COFACE Families Europe hat im Jahr 2019 die Umfrage „Toys and Diversity“ zum Thema Geschlechterstereotype bei Spielzeug durchgeführt, deren Ergebnisse jetzt vorliegen. Die Umfrage wurde auf 13 Sprachen durchgeführt,



über 2.000 Menschen aus allen EU-Staaten und darüber hinaus haben teilgenommen. Die Ergebnisse sind allerdings nicht repräsentativ, da 85 Prozent der Befragten Frauen und 60 % der Befragten zwischen 26 und 45 Jahre alt waren. 90 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, dass Spielzeug häufig Geschlechterstereotype abbildet. Nur fünf Prozent der Befragten würde ein als „Mädchen-Spielzeug“ vermarktetes Produkt für einen Jungen oder ein „Jungenspielzeug“ für ein Mädchen kaufen. COFACE sieht die Verantwortung zur Vermittlung von gleichberechtigten Vorstellungen der Geschlechter bei Familien, ErzieherInnen und der Spielzeugindustrie gleichermaßen. Um Stereotype zu überwinden, müssten Geschlechterbilder sich gesamtgesellschaftlich wandeln.

- [COFACE: Toy Stories. Europe-wide Survey on Toys and Diversity](#)  

EU Alliance for Investing in Children: Offener Brief zum Aufbauplan und EU-Haushalt

Der Zusammenschluss europäischer Kinderrechtsorganisationen EU Alliance for Investing in Children hat einen offenen Brief an den Präsidenten des Europäischen Parlaments geschrieben, in dem um Unterstützung bei der Berücksichtigung von Kinderarmut in der Vergabe des EU-Budgets gebeten wird. Das Netzwerk europäischer Kinderrechtsorganisationen Eurochild hatte vor dem Beschluss des Aufbauplans und des EU-Haushalts für 2021-2027 einen Aufruf an die führenden EU-PolitikerInnen veröffentlicht und gefordert, die Verwendung von 5 Prozent der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds für die Bekämpfung von Kinderarmut für die Mitgliedstaaten verbindlich festzuschreiben. Da das Thema Kinderarmut in der geplanten Strategie zur Überwindung der Krise keine explizite Erwähnung finden, setzen die Kinderrechtsorganisationen nun auf die Unterstützung des Europäischen Parlaments. Sie verweisen darauf, dass die sozio-ökonomischen Folgen der Pandemie für ohnehin von Armut und sozialer Schließung betroffene Kinder und Familien besonders schwerwiegend sind.

- [Offener Brief der EU Alliance for Investing in Children](#)  
- [Eurochild: Aufruf "Make child poverty history"](#) 

Kinderrechtsorganisationen: Positionspapier zur EU-Kinderrechtsstrategie

Die Child Rights Action Group, in der unter anderem die COFACE Families Europe Mitglied ist, UNICEF und weitere unterstützende Organisationen haben ein Positionspapier veröffentlicht, mit dem sie zur Entwicklung der EU-Kinderrechtsstrategie Stellung nehmen. Die EU-Kommission arbeitet derzeit an dieser Strategie, die Anfang 2021 vorgestellt werden soll. Grundsätzlich wird im Positionspapier angemahnt, sich an der UN-Konvention über die Rechte des Kindes und der UN-Agenda 2030 zu orientieren. Die Strategie solle die globale Situation und die am stärksten gefährdeten Kinder einbeziehen. Gleichzeitig müsse sie für alle EU-Institutionen verbindliche Prinzipien enthalten, um in allen Programmen und Entscheidungen der EU konkret wirksam werden zu können. Eine wirksame Strategie müsse umsetzbare Maßnahmen enthalten, kontinuierlich evaluiert werden und angemessen finanziert sein. Das Positionspapier orientiert sich an den politischen Richtlinien der EU-Kommission 2019-2024 und zeigt anhand dieser Prinzipien auf, dass Kinderrechte in allen politischen Bereichen eine Rolle spielen. Gefordert wird die Berücksichtigung von Kindern in der Wirtschaftspolitik, in der allgemeinen Umsetzung der Grundrechte für BürgerInnen, in der Ausgestaltung der Digitalisierung und in der Umsetzung des European Green Deal.

- [Joint Position Paper on a Comprehensive Child Rights Strategy](#)  

UN-Organisationen: Zunahme von Hunger bei Kindern durch Covid-19

Die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie werden die Zahl der hungernden Menschen auf der Welt drastisch erhöhen. Dies wird besonders Kinder betreffen, laut UNICEF werden schätzungsweise 6,7 Millionen Kinder weltweit zusätzlich von akuter Mangelernährung mit schweren gesundheitlichen Folgen bis hin zum Tod betroffen sein. Eine aktuelle Studie rechnet mit 10.000 Todesfällen von mangelernährten Kindern pro Monat. Ein Großteil der betroffenen Kinder lebt in Subsahara-Afrika und Südasien. Die UN-Organisationen UNICEF, FAO, WHO und WFP haben in Reaktion auf diese Analyse eine gemeinsame Stellungnahme veröffentlicht, in der sie zur Erhöhung der finanziellen Mittel im Kampf gegen den Hunger aufrufen. Rund 2,4 Milliarden US-Dollar würden zusätzlich benötigt, um die Folgen der Pandemie aufzufangen. Diese müssten für die Versorgung mit ausreichenden Nahrungsmitteln für Mütter und Kinder und für die Untersuchung und Versorgung von Mangelerscheinungen verwendet werden.

- [Informationen zu Auswirkungen von Covid-19 auf die weltweite Ernährungssituation](#)

EU-Kommission: Webinar-Serie zu Covid-19 und Gender

Die EU-Kommission hat eine Webinar-Serie gestartet, in denen die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Krise für das Geschlechterverhältnis beleuchtet werden soll. Die Serie wird im Rahmen der Europäischen Strategie für Geschlechtergerechtigkeit 2020-2025 organisiert. Das erste Webinar hatte Strategien zur Bekämpfung häuslicher Gewalt im Kontext der Pandemie zum Thema. Im zweiten Webinar wurde die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie behandelt. Zu beiden bisher besprochenen Themen sind Informationsmaterialien von Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen verlinkt, die sich mit dem Thema befassen.

- [Webinar series on gender-sensitive responses to the COVID-19 crisis](#) 
- [Europäische Strategie für Geschlechtergerechtigkeit 2020-2025](#)

EPIC: Europaweite Best Practices von Maßnahmen für Kinder und Familien

Die European Platform for Investing in Children (EPIC) sammelt, bewertet und verbreitet Maßnahmen zur Unterstützung von Familien und Kindern in der gesamten EU. Auf diese Weise soll Wissen aus Praxiserfahrung und Evaluation geteilt werden, sodass von Programmen aus ganz Europa gelernt werden kann. Aktuell hat die Plattform auf eine Reihe von Best Practices zum Thema psychische Gesundheit und Wohlergehen von Kindern hingewiesen. Dazu zählt ein Weiterbildungsangebot für Betreuungspersonen aus Schweden, ein verhaltenstherapeutisches Angebot für Kinder mit Ängsten aus Großbritannien und ein rumänisches Präventionsprogramm zur sozialen und emotionalen Entwicklung von Kindern.

- [EPIC: Practices that work](#) 

Neue Website der European Youth Work Agenda und Convention

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sind die Entwicklung einer European Youth Work Agenda und die Organisation der European Youth Work Convention wichtige jugendpolitische Schwerpunkte. Eine neue Website informiert jetzt über beide Projekte: Ziele für die neue Agenda sind vor allem die Etablierung von Jugendarbeit als Bestandteil jugendpolitischer Strategien, die verbesserte Vernetzung verschiedener beteiligter

Akteure und Institutionen und die Unterstützung der Weiterentwicklung qualitativ hochwertiger Jugendarbeit. Die European Youth Work Convention sollen der aktuelle Stand der Jugendarbeit in Europa zusammengetragen, Herausforderungen identifiziert und Ideen und Lösungsansätze für die European Youth Work Agenda diskutiert werden. Bei diesem Treffen sollen vor allem ExpertInnen aus der Praxis zusammenkommen, die ihre Perspektiven auf diesem Weg in die jugendpolitische Planung einbringen können. Ob die Convention in diesem Jahr als Präsenzveranstaltung stattfinden kann, ist aufgrund der Covid-19-Pandemie noch unklar.

- [Website der European Youth Work Agenda und Convention](#) 

Berichte und Studien

UNICEF: Bericht zu Kinderbetreuung während der Covid-19-Pandemie

UNICEF hat einen Kurzbericht zu Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Kinderbetreuung, Familienleben und Erwerbsarbeit von Eltern veröffentlicht. Darin werden allgemeine Daten zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter zusammengestellt. Dabei wird zunächst betont, dass die Aufgabe der Kinderbetreuung weiterhin in überproportionalem Maß Frauen zufällt. Viele Eltern hätten Schwierigkeiten, Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung zu vereinbaren. So seien Schätzungen zufolge weltweit ca. 35 Millionen Kinder unter fünf Jahren regelmäßig ohne die Aufsicht von Erwachsenen allein. Die Covid-19-Pandemie habe den ökonomischen Druck auch auf Familien erhöht und mit den vielfach angeordneten Schließungen von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen auch das Problem der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung verschärft. UNICEF gibt die Empfehlung ab, das Recht auf Elternzeit global politisch abzusichern und den Ausbau von Betreuungseinrichtungen zu fördern.

- [Childcare in a global crisis: the impact of COVID-19 on work and family life](#) 

UNICEF: Arbeitspapier zu Covid-19 bei Kindern

UNICEF hat ein Arbeitspapier mit klinischen und epidemiologischen Ergebnissen zur Krankheit Covid-19 bei Kindern veröffentlicht. Die Bezeichnung Arbeitspapier oder Working Paper gibt dabei an, dass es sich um eine wissenschaftliche Vorveröffentlichung handelt, die noch nicht den regulären Begutachtungsprozess durchlaufen hat. Im Arbeitspapier wird darauf hingewiesen, dass die ersten Ergebnisse zur Erkrankung von Kindern an Covid-19 vom Beginn der Pandemie und aus Ländern mit hohen bzw. mittleren durchschnittlichen Einkommen stammen. Vergleichende Untersuchungen zeigten nun, dass Kinder in Ländern mit niedrigen durchschnittlichen Einkommen häufiger und schwerer erkrankten als diese ersten Daten nahelegten. Die Häufigkeit und Art der Erkrankung hänge offenbar auch bei Covid-19 mit der sozio-ökonomischen Lage zusammen. Im Arbeitspapier wird dazu aufgerufen, diese Zusammenhänge sowie die Übertragung durch Kinder und von schwangeren Frauen auf ihre ungeborenen Kinder genauer zu untersuchen.

- [The Evolving Epidemiologic and Clinical Picture of SARS-CoV-2 and COVID-19 Disease in Children and Young People](#) 

EU-Kommission: Bericht zur Koordination der sozialen Sicherung für moderne Familienformen

Die EU-Kommission hat einen Bericht zu rechtlichen Aspekten der Anerkennung moderner Familienformen in den europäischen Regeln zur Koordination der Systeme sozialer Sicherung veröffentlicht. Darin wird zunächst

dargestellt, wieso die Familie und ihre rechtliche Definition für die soziale Sicherung zentral ist: Der Anspruch auf viele Leistungen und ihre jeweilige Höhe hängt von der Lebensform einer Person ab: So werden Kinder, EhepartnerInnen oder pflegebedürftige Angehörige in die Beurteilung des Anspruchs einer Person auf Sozialleistungen einbezogen. Daher ist es notwendig, dass gesetzlich geregelt ist, welche Form des Zusammenlebens als Familie behandelt wird. Durch die Diversifizierung der Lebensformen leben Menschen häufiger als früher in Familien, die nicht dem traditionellen Muster folgen: Dazu zählen Familien mit gleichgeschlechtlichen Elternpaaren, Alleinerziehende, Patchwork-Familien, Adoptiv- und Pflegefamilien. Außerdem werden Fälle aufgezeigt, in denen traditionelle Definitionen von Familie den Zugang zu Leistungen für Menschen verhindern, die in anderen Familienformen leben. Abschließend werden Vorschläge vorgestellt, wie durch neue Interpretationen von Familie oder rechtliche Reformen die Leistungen für alle Familien zugänglich gemacht werden können.

- [The application of the social security coordination rules on modern forms of family](#) 

EAPN: Forschungsbericht zu Auswirkungen der Covid-19-Krise auf arme Menschen

Das European Anti Poverty Network (EAPN) hat einen Forschungsbericht zur Covid-19-Krise und ihren Auswirkungen auf Menschen, die in Armut leben, veröffentlicht. Die Studie wurde in Kooperation mit 25 Organisationen aus EU-Mitgliedstaaten erstellt und erhält neben Analysen zur EU insgesamt auch detaillierte Daten für die einzelnen Staaten. Untersucht wurden die Systeme für Gesundheit und soziale Sicherung vor der Pandemie, die Effekte von Covid-19 und die Maßnahmen der Regierungen zum Umgang mit der Krise. Für die einzelnen Mitgliedstaaten und die EU werden zudem kurz- und langfristige politische Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Sicherung formuliert. Kurzfristige Ziele sind die koordinierte Versorgung aller Menschen in der EU mit Gütern und Leistungen zu Erhaltung der Gesundheit. Eine Unterbringung mit sauberem Wasser, der Zugang zu Hygieneartikeln und medizinischer Versorgung ist nicht allen Menschen in der EU gewährt. Als weitere dringende Maßnahmen werden die Stärkung der Rechte von ArbeitnehmerInnen und finanzielle Unterstützung von armutsgefährdeten Menschen mit Einkommensausfällen genannt. Langfristig wird die EU aufgerufen, die bestehenden Instrumente zur sozialen Sicherung konsequent zu implementieren und eine nachhaltige Strategie zur Armutsbekämpfung zu entwickeln.

- [EAPN-Report: The impact of Covid-19 on people experiencing poverty and vulnerability](#) 

EU-Kommission: Kurzbericht zu inklusiver frühkindlicher Bildung und Betreuung

Die EU-Kommission hat einen Kurzbericht zu Möglichkeiten der Inklusion im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung veröffentlicht. Darin wird zunächst aufgezeigt, dass Diskriminierung und Marginalisierung im Bildungssystem aufgrund unterschiedlicher Faktoren passiert: Geschlecht, Alter, sozialer Hintergrund, Behinderung und rassistische Zuschreibungen sind nur einige von ihnen. Der Bericht soll aufzeigen, dass diskriminierungssensible und inklusive Bildung allen Kindern zugutekommt, da sie ein entwicklungsförderndes Lernumfeld schafft. Ein inklusives System der Bildung und Betreuung zu erschaffen, sei ein langfristiger Prozess und mit der gesellschaftlichen Anerkennung von Diversität verknüpft. Das allgemeine Ziel sei der Zugang zu Bildung und Betreuung für alle Kinder von jungem Alter an und die zusätzliche Unterstützung für Kinder mit besonderen Betreuungsanforderungen.

- [Strengthening the quality of early childhood education and care through inclusion](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
26.-29. Aug 2020 Oxford, England	European Society on Family Relations (ESFR): Sustainable Relationships? Families, Personal Lives and Global Change	European Society on Family Relations
3. Sep, 22. Sep, 6.Okt. 2020 Online	Kreative Europabildung in der Schule: Online-Seminare für Lehrkräfte	Europäischer Wettbewerb
14. Sep. 2020 Online	Back-to-school-WEBINAR	COFACE
29. Sept. 2020 Berlin, Deutschland	Seminar by AGF and COFACE Families Europe on: "Child guarantee"	COFACE Families Europe, AGF
29.-30. Okt 2020 Online	Helping Families through Separation and Divorce: Collaboration, not Confrontation, in Social Plurality (Annual ICCFR Seminar)	AGF, ICCFR
25.-27. Nov 2020 Mannheim, Dtl.	European Social Economy Summit 2020	Europ. Kommission, Stadt Mannheim

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

